

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 25 (1931)
Heft: 6

Rubrik: Rundschau : Monatsschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gandhis stellten und wirklich sein Programm in die Tat umsetzten, dadurch vergeistigt wurden; es vertieft ihre Sinn für sittliche Werte und machte sie bereit zur Selbstingabe. Nichts könnte schärfer über die alte Methode den Stab brechen und der neuen Methode den Weg bahnen als die verschiedenartige Wirkung auf die dabei Beteiligten. Hier saß ich vor Männern — sehr entschlossenen Männern —, die bereit waren, alles, was sie besaßen, im Kampf gegen die Regierung des Westens, zu dem ich gehöre, zu verlieren, und dabei fand sich nichts von Haß, sondern nur eine vertiefte sittliche und geistliche Einstellung und Aufnahmefähigkeit.

E. Stanley Jones.

Rundschau

Monatschau.

Furchtbare Hitze! Dabei immer wieder blauer Sommerhimmel, aus dem bloß von Zeit zu Zeit heftige Gewitter brechen, welche die Luft wenigstens für kurze Zeit reinigen und abkühlen, freilich auch da und dort schweres Unheil bewirken. Daß der *geistige* Himmel sich sonnenhell über der heutigen Welt wölbe, wird man nicht wohl behaupten können, wohl aber, daß Gewitterschwüle dunkel und dumpf über ihr lagere. Fast auf allen Lebensgebieten. Besonders auch in der

1. Weltpolitik.

Hier bedeutete die „Zollunion“ so recht die an einem ohnehin nicht heiteren Himmel plötzlich aufsteigende schwere Gewitterwolke. Die Leser der „Neuen Wege“ wissen, wie sich diese Affäre inzwischen weiter entwickelt hat. Man hat in Genf darüber verhandelt, und zwar sowohl im Völkerbundsrat als in der europäischen Kommission. A propos: der paneuropäische Gedanke, in dem manche Völkerbundsspezialisten eine Konkurrenz erblicken, hat bei diesem ganzen Anlaß sehr deutlich seinen Wert gezeigt. Das formelle Ergebnis der Genfer Verhandlungen ist bekannt. Die Zollunion ist vor den Haager Gerichtshof verwiesen, der zunächst ihren völkerrechtlichen Charakter zu prüfen hat. Es ist für nicht ganz Eingeweihte schwer zu sagen, wie man dieses Ergebnis beurteilen soll. Frankreich und die Kleine Entente hätten es ohne Zweifel vorgezogen, die Frage in der Hauptsache *politisch* zu behandeln und dem Plane ihr kategorisches Veto entgegenzusetzen. Aber dafür war Englands und Italiens Zustimmung nicht zu haben. Auf Englands Betreiben hat man dann den jetzigen Weg eingeschlagen. Ob es ein glücklicher Weg ist? Ob es nicht besser gewesen wäre, diesen ganzen unseligen Handel in Genf einfach zu erledigen, freilich, was ich sehr betone, im *positiven* Sinne, so daß er durch etwas Besseres, Umfassenderes ersetzt worden wäre? Denn wenn die Juristen, vielleicht gerade, weil die Sache so klar zu sein scheint, doch dazu kämen, den deutlichen Sachverhalt zu trüben und zu verdrehen, und dann doch der politische Widerstand, um den es sich ja im Grunde allein handelt, sich unvermindert geltend mache, dann hätten wir ja nur eine Verschlimmerung, d. h. Verbitterung und Vergiftung des Streites.

Es ist allerdings auch möglich, daß die Sache erledigt ist und der Weg nach dem Haag nur eine goldene Brücke für die Geschlagenen. Denn was die April-Monatschau vorausgesagt hat, ist reichlich eingetroffen: Deutschland hat sich eine schwere Demütigung geholt. Die Weltenfront hat sich wieder gegnerisch um es zusammengeschlossen. Niemand stand zu ihm, nicht einmal Rußland, das vielmehr die Gelegenheit benützte, neu mit Frankreich anzubinden. Auch Mussolini erwies sich zuletzt als jene Art von „Bundesgenosse“, wofür wir ihn immer gehalten haben.

Auch die andere Vorausfrage, daß die europäische Lage durch den Brüning-Curtius'schen Streich (den ich darum „verhängnisvoll“ und „unverantwortlich“ genannt habe) gründlich verschlechtert werde, ist nur zu sehr eingetroffen. Vor allem eine Wendung in der französischen Haltung. *Briand ist mit seiner Politik gelähmt*. Darüber darf man sich keinen Täuschungen hingeben. Sein Mißerfolg bei der Präsidentenwahl war nicht bloß ein Zufall oder eine Frucht von Intrigen, sondern der durchaus zutreffende Ausdruck der neuen politischen Einstellung der Franzosen. Und wenn er pro forma doch weiter die Außenpolitik „leitet“, so tut er das in einem neuen Stil. Deutschland und die Welt haben nicht mehr mit dem bisherigen Briand zu rechnen. Die Stahlhelmparade in Breslau, der Stapellauf des neuen Panzerkreuzers „Deutschland“ und was dabei vorging, die Tagung der „Deutschen Verbände“ in Dresden, die alldeutschen Demonstrationen in Berlin, Wien, Budapest und anderswo, die Einweihung eines Schlageter-Denkmales, das 350 000 Mark kostete —, das alles und anderes dieser Art haben in Frankreich eine Stimmung erzeugt, die alles andere ist, als „Verständigung“.

Der Mißerfolg Briands bei der Präsidentenwahl wird zum Teil dem Umstand zugeschrieben, daß sich die Sozialisten mächtig für ihn einsetzten. Jedenfalls ist die Haltung der französischen Sozialisten in der Frage der Zollunion so gewesen, daß man schwerlich behaupten kann, das sei noch sozialistische Politik. Etwas verkehrteres ist kaum denkbar, als daß man mächtig international tut, gegen den Imperialismus und Militarismus des eigenen Landes rednert und sich im gleichen Augenblick für einen fremden Imperialismus und Militarismus ins Zeug legt. Denn darauf kommt es hinaus. Es zeigt sich klar, daß die zweite Internationale mit Geschick und Erfolg für die sogenannte großdeutsche, in Wirklichkeit alldeutsche Politik bearbeitet worden ist. Gewisse „Führer“ scheinen der Meinung zu sein, das verantworten zu dürfen. Daß ein solcher „Internationalismus“ niemanden imponeert, liegt auf der Hand, und die Franzosen haben recht getan, ihm einen Strich durch die Rechnung zu machen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in allen Ländern urteilslose „Radikale“ in das gleiche Horn stoßen und ihm falsche Töne entlocken. Was wir nötig haben, ist ein echter Internationalismus, der auf der einen Seite in einem neuen und tieferen Sinne das Recht der „Nation“ vertritt, aber gerade darum auf der andern auch wirklich zu einem wahren internationalen Denken gelangt. Jean Jaurès statt Leon Blum! Aber es ist für die Entwicklung des Sozialismus in den letzten zwei Jahrzehnten kennzeichnend, daß heute ein Leon Blum steht, wo einst ein Jean Jaurès stand und — ein Robert Grimm, wo einst ein Hermann Greulich.

Wir sind von der Zollunion ausgegangen. Aber nun hat sich inzwischen das politische Bild bedeutsam verschoben. An Stelle der Zollunion ist *Deutschland* und neben ihm, nur viel zu wenig beachtet, *Oesterreich* getreten, das heißt: die deutsche und die österreichische Lage mit ihrer Not und Gefahr. Ihr hat die Zusammenkunft in *Chequers* gegolten. Was dabei herausgekommen ist, läßt sich wohl wieder nicht mit Bestimmtheit sagen. Wahrscheinlich wissen es die Beteiligten selber nicht. Sicher ist bloß, daß, falls überhaupt ernsthaft geredet worden ist, die ganze europäische Lage, in deren Brennpunkt gegenwärtig Deutschland steht, zur Sprache hat kommen müssen. Das ist nun für eine Weile das Problem der europäischen, ja der Weltpolitik. Denn in Deutschland scheint sich alles zu schweren Gewitterkatastrophen zu sammeln. Und das Schlimmste dabei ist, daß das ganze deutsche Problem ein Bild darstellt, worin sich Wahrheit und Unwahrheit so bedenklich mischen.

Ganz außerhalb alles Zweifels ist die deutsche Not. Daß darob die österreichische nicht vergessen werden darf, die besonders auf dem Lande und überhaupt außerhalb Wiens sehr groß ist, habe ich schon bemerkt. Dazu ist nun noch der Krach der *Creditbank* mit all seinen schweren Folgen gekommen. Die deutsche Not stellt sich besonders in der *Arbeitslosigkeit* dar. Was diese, wenn sie so lange andauert, wie das nun in Deutschland der Fall ist, an physischem und moralischem Elend bedeutet, das können solche, die es nicht erleben, oder doch miterleben, gar

nicht wissen. Die Revolten der Erwerbslosen, die sich auch während der Berichtszeit in vielen deutschen Städten ereignet haben, sind Symptome dieser furchtbaren Erkrankung eines ganzen Volkskörpers.¹⁾

Das ist die *Wahrheit*. Aber nun die *Unwahrheit*. Da ist einmal das riesige deutsche Militärbudget, für das man immer Geld hat, und das nur durch die Annahme großer Geheimrüstungen erklärt werden kann. Da ist die Drohung mit der deutschen Aufrüstung, ja das leidenschaftliche Begehrn nach ihr: man scheint also nicht im Zweifel zu sein, daß man die Mittel dafür besitze. Da ist der Panzerkreuzer, dem andere folgen sollen. Da sind die Credite für Rußland. Da sind die Ausgaben für deutsche Auslandspropaganda. Noch ganz abgesehen von den gewaltigen Einnahmen einer gewissen Schicht der Bevölkerung und einer entsprechenden Lebenshaltung auf der einen und ungeheuren Ausgaben für Alkohol, Tabak, Kino und so fort auf der andern Seite. Jedenfalls nehmen sich die Riesensummen für die Aufrüstung und der Wunsch, sie noch zu steigern, neben der Behauptung, man werde durch den Youngplan ruiniert, seltsam aus. Und endlich ist die Kapitalflucht ins Ausland eine arg kompromittierende Sache.

Und nun die neue *Notverordnung*, die gerade unmittelbar vor Chequers fertig geworden ist: muß sie nicht auf das Ausland fast notwendig den Eindruck machen, daß sie viel weniger der Hebung der deutschen Not, als dem Zwecke dienen solle, „Sprengpulver“ für den Versailler Vertrag zu sein? Kann man nicht sogar auf

¹⁾ Ich verweise auf den Aufsatz von Pfarrer Fuchs im letzten Dezemberheft. Ein anderer deutscher Pfarrer schreibt mir: „Man hat schon fast allgemein wieder wie 1914, wenn auch auf andere Weise, das unbestimmte, angstvolle Gefühl, auf einem Pulverfaß zu sitzen, und wartet nur — und man spürt darin fast so etwas wie eine Befreiung — auf den Augenblick, wo die Explosion erfolgt, aber doch zugleich auch mit demselben heimlichen Grauen wie damals, weil man im letzten Grund irgendwie weiß, daß das nur der Anfang sein würde zu noch größeren Nöten und Leiden. Unaufhaltsam geht es Tag um Tag tiefer bergab. Wie weit die Dinge bereits gediehen sind, geht aus einer Veröffentlichung des Instituts für Konjunkturforschung über das erste Vierteljahr 1931 hervor, das allein gegenüber dem Vorjahr einen weiteren Rückgang des deutschen Arbeitseinkommens um 1,7 Milliarden Mark feststellt. Ich selbst habe in der letzten Zeit bei den wenigen überhaupt noch Steuerpflichtigen in meiner Gemeinde — der größte Teil hat längst kein steuerbares Einkommen mehr — verschiedentlich Erhebungen über die letztyährige Veranlagung bei dem zuständigen Finanzamt machen lassen und in jedem einzelnen Fall eine Verminderung nicht selten bis zu 30, ja 50 und 60 Prozent feststellen können, selbstverständlich die nicht inbegriffen, die inzwischen arbeitslos wurden. So ist auch das gesamte Verbrauchsniveau vor allem an hochwertigeren Lebensmitteln und erst recht an Wäsche, Bekleidung usw. ganz erheblich gefunken. Ich habe ganze Häuserzüge in meiner Gemeinde — Mietskafern und Hinterhäuser, die jedes für sich 15, 20 und mehr Familien Obdach gewähren —, in denen, wenns hoch kommt, noch 2 oder 3 Familien Arbeit und Brot haben. In rund 75—80 Prozent meiner Gemeindehaushaltungen sind der Ernährer und oft auch die sämtlichen erwachsenen und halberwachsenen Familienglieder zum Teil schon seit Jahren arbeitslos, ganz und gar der öffentlichen Fürsorge preisgegeben, zu Almosenempfängern des Staats und der Kommune degradiert, ohne jede Aussicht vielfach, jemals wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert zu werden. Das aber führt notwendig dazu, daß Deutschland sozial allmählich wieder auf einen Lebensstandard zurückkommt, der vor kurzem noch tiefstes Grauen erregte, und den man mit Gedanken des Entsetzens nur in vergangenen Jahrhunderten für möglich hielt. — Und die Wirkung nicht zuletzt auch auf die Moral dieser Menschen? Selbst die Widerstandsfähigsten brechen über kurz oder lang unter diesem ständigen Druck von außen auch seelisch zusammen, nicht zu reden von denen, die sich schon längst ihrer inneren Würde begeben und sich damit abgefunden haben, nun einfach Staatsrentner zu sein und es bis an ihr Lebensende zu bleiben. Wohl leistet der Staat an Fürsorge das ihm noch irgendwie Mögliche, aber alle Hilfe

den Gedanken kommen, gerade das die Volksmassen Aufreizende daran: die einseitige Belastung dieser schon so schwer gedrückten Massen, sei darauf berechnet, deren Leidenschaft gegen den Youngplan und den Versailler Vertrag aufzustacheln, indem man diese als die eigentliche Quelle aller deutschen Not darstellt?

Auf die Revision des Versailler Vertrages und Aufhebung *aller* Folgen des verlorenen Krieges, ja auf einen Gewinn aus demselben, zielt ja die ganze nationalistische deutsche Politik ganz offenkundig ab, und die Regierung Brüning beteiligt sich daran nach Kräften, darin weder von der Sozialdemokratie noch auch nur vom Kommunismus, geschweige denn vom Zentrum, gehindert. Man verlangt den Korridor, Danzig, Eupen und Malmédy, ja auch schon das Elsaß, die Kolonien, Oberschlesien zurück und überdies den „Anschluß“. Wegen Oberschlesien ist es ja auch in Genf zu heftigen Zusammenstößen mit den Polen gekommen. Die Drohung mit dem Austritt aus dem Völkerbund soll diese Forderungen unterstützen. *Man kann auf Grund dieser Sachlage die ganze europäische Konstellation der Gegenwart als Kampf um die Revision bezeichnen.*

So wird die ganze unleugbare *Wahrheit* der deutschen Not durch Unwahrheit verhüllt, weil sie in einen falschen Zusammenhang verflochten wird. Diese Mischung von Wahrheit und Unwahrheit macht die ganze Lage so schwer, macht

zerrinnt angesichts der Riesennot, wie wenn man Wasser schüttet in ein Faß ohne Boden. Auch die Kirche steht nicht zurück und tut was sie kann. So drängen sich in meine Sprechstunden jeden Morgen 10, 15, 20 und mehr Menschen, denen es in allererster Linie um eine äußere Unterstützung zu tun ist. Aber was ist unser Weniges unter so vielen? Füllung des Magens für ein oder höchstens zwei Tage; alles andere geht leer aus, Wäsche, Kleidung, Stiefel, Ergänzung des Hausrats, von irgend einer Befriedigung kultureller und geistiger Bedürfnisse ganz zu schweigen. Dazu die Not der Geschlechter, keine Macht, die behütet, kein Raum für den Traum ersehnter Gemeinschaft zu zweit, weil es an allem fehlt, Arbeit, Geld für Anschaffung, Miete und an — Verstehen! So scheint mir für die Kirche noch wichtiger als all ihre sozialen Hilfsmaßnahmen, ein lösendes, befreiendes Wort, *das Wort, das heute gehört werden müßte und das sie allein sagen kann!*“ Die Zustände in gewissen deutschen Gebieten beleuchtet auch folgender Auschnitt aus der sozialdemokratischen Presse Thüringens:

„Hunger und Not wüten im Thüringerwald. Vor allem befindet sich im Kreis Hildburghausen ein Elendsgebiet, in dem *nicht weniger als 6000 Menschen buchstäblich Hunger leiden*. Die Waldgemeinden Schnett, Heubach und Fehrenbach, die abseits vom Verkehr liegen, wurden besonders schwer heimgesucht. Porzellanarbeiter, Hausierhändler und Glasarbeiter leiden dort bitterste Not. Die Wohlfahrtserwerbslosen von Schnett liegen schon über zwei Jahre auf der Straße. Sie haben nicht die geringste Aussicht, im Thüringerwald je wieder Arbeit zu finden. Im Durchschnitt muß eine Familie von vier Köpfen mit 34 Mark pro Monat durchkommen. Kein Wunder, daß Unterernährung und Tuberkulose etwas Selbstverständliches sind. Butter, Speck, Wurst und Kuhmilch sind Delikatessen, die in den meisten Haushaltungen schon lange nicht mehr zu sehen waren. Daß 36,5 Prozent der Kinder keine Unterkleidung haben, auch in dem rund sieben Monate dauern den Winter nicht, versteht sich angesichts des allgemeinen Elends in diesen Thüringergemeinden beinahe von selbst. Eine ärztliche Untersuchung der Schuljugend ergab im vorigen Jahre, daß 33 Prozent der Kinder tuberkulös gefährdet sind. In Heubach bringt der Glasmacher wöchentlich nur etwa 10 oder höchstens 15 Mark nach Hause. In Fehrenbach, wo die Glasindustrie schon im Jahre 1929 stillgelegt wurde, leben von den 254 Haushaltungen rund 200 von der Wohlfahrtskasse der Gemeinde oder von der Krisenfürsorge. Die Wohlfahrtsunterstützung besteht nur noch aus Bettelpfennigen bis zu rund eine Mark pro Kopf. Die völlig abgenutzten Schulräume sind in Fehrenbach, weil sie nicht ausreichen, von früh sieben bis abends sieben Uhr besetzt. Die Kinder haben nicht einmal die nötigsten Schreibutensilien, da die Eltern jeden Pfennig sparen müssen.“

auch die *Hilfe* so schwer. Sollen die Franzosen ihr Kapital Deutschland geben, damit es gegen sie benutzt werde? Sollen die Kriegsschulden erlassen werden, damit desto rascher ein neuer Krieg vorbereitet werden könne? Es gibt ein wirklich notleidendes Deutschland, dem rasch geholfen und jedes Entgegenkommen bewiesen werden muß, aber es gibt auch ein *nicht* leidendes, aber machthungriges, für die Welt gefährliches, dem zu helfen niemand Lust hat.

Es gäbe eine Hilfe, die jenes leistete und dieses vermiede: *ein Umschwung in der deutschen Politik und der deutschen Gesinnung*. Um es sofort konkreter zu sagen: *sowohl das deutsche Zentrum als die deutsche Sozialdemokratie haben den Schlüssel der Lage in der Hand, wenn sie ihn nur brauchen wollten*. Wenn sie einzeln oder vereint, eine aufrichtige, zwar nationale, aber nicht nationalistische Friedenspolitik trieben, eine, der die Welt vertrauen dürfte, dann wäre, menschlich gesprochen, die Hilfe sofort da. Aber leider versagen auch diese beiden Faktoren, weil auch sie durch innere Unwahrheit gelähmt sind. Brüning ist Militarist und Nationalist, vertritt „Frontgeist“, hält törichte Taufreden für Panzerkreuzer (a propos: wann werden die Kirchen gegen *diese* Form der „Gottlosigkeit“ protestieren?), und die Sozialdemokratie erklärt durch den Mund eines ihrer wichtigsten Führer (Sollmann), sie sei „großdeutsch“ (was gewiß nicht „alldeutsch“ heißen soll, sondern achtundvierziger Idealismus, aber heute auf „alldeutsch“ hinauskommt) nimmt durch ihre Vertreter an Stahlhelmtagungen teil und hört auf keine Weise auf ihre antimilitaristische Linke, bindet vielmehr ihr Los an die Reichswehr. Der Parteitag zu Leipzig war doch, bei allen scheinbar imposanten Demonstrationen („Posaunenstöße, die eitel Wind“) ein Verzicht auf eine selbständige sozialistische Politik, und dies einfach aus Angst vor dem Nationalsozialismus, und das ist das gleiche wie: aus mangelndem Glauben an den Sozialismus.

Wo bleiben unter diesen Umständen Ausichten für eine Rettung Europas, diejenige Deutschlands und Österreichs vor allem eingeschlossen?

In Genf hat Briand an Stelle der Zollunion ein System von Vorzugszöllen für die südöstlichen Agrarstaaten, auf welche die Zollunion ja vor allem zielte, vorgeschlagen. Es handelt sich ja heute neben der Arbeitslosigkeit in der Industrie vor allem auch um die (zum großen Teil auch durch die Rationalisierung verursachte) *Absatznot der Landwirtschaft*, und dies besonders für das Getreide. Dadurch ergibt sich die skandalöse Lage, die man in die etwas vereinfachende Formel fassen kann: *Zu wenig Brot, weil zu viel Getreide da ist*. (Man könnte hinzufügen: Zu wenig Bekleidung, weil zu viel Kleider da sind; zu wenig Heizung, weil man nicht weiß, wohin mit der Kohle; zu wenig Arbeit, weil zu viel geleistet wird und so fort). Eine *Getreidekonferenz* in London, wie die Gründung einer internationalen *Agrarkreditbank* mit wahrscheinlichem Sitz in Genf, sollten dem Zwecke dienen, einen Ausgleich zwischen den Agrar- und Industrieländern zu schaffen. Daß wir darin auf alle Fälle bedeutsame Anfänge zu einer internationalen Planwirtschaft vor uns haben, sollte man doch nicht verkennen. Auch das Eingreifen der Internationalen Zahlungsbank in Basel zu Gunsten der österreichischen Kreditbank gehört irgendwie auf diese Linie. Und nicht zu vergessen der russische Vorschlag eines *wirtschaftlichen „Nichtangriffspaktes“*. *Eppur si muove*.

Noch einmal: *Deutschland und Österreich muß irgendwie geholfen werden* — damit es nicht zu einer Katastrophe kommt, die ganz Europa, ja die ganze Welt in Mitleidenschaft zieht. Österreich muß aus seiner Einengung heraus, die Pforten müssen ihm nach allen Seiten geöffnet werden. *Dorthin* vor allem, nach Südosten und Nordosten hin, wäre ein „Anschluß“ notwendig, der zunächst vielleicht auch als „Zollunion“ auftreten könnte, aber auch zu einem neuen politischen Gebilde führen müßte.¹⁾ Was aber die Aufhebung des Youngplanes und die Re-

¹⁾ Einem solchen Plan scheint nach einer neuen, bedeutsamen Rede Grandis nun auch Italien zuzustimmen, das so lange die Donauöderation verhindert hat, die, was zu seiner Ehrenrettung gesagt werden muß, *Frankreich* seinerseits begünstigte.

vision überhaupt betrifft, so wiederhole ich, daß sie auch nach meiner Ansicht notwendig sind. Im Grunde ist darüber jedermann einig. Die Frage ist nur, wie es geschehen soll. Da ist eines ganz klar: nicht durch nationalistisches Wüten auf Grund von Unwahrheit, auf dem Fluchpfad der alten Welt, sondern durch Wahrheit und Friedenswillen auf dem Wege zu einer neuen Welt. Wenn sich doch Zentrum und Sozialdemokratie auf diese ihre eigenste gewaltige Aufgabe befännen, statt bloß die nationalistische Posaune der andern mit etwas gedämpften Tönen zu blasen. Wenn doch das deutsche Volk (im letzten Augenblick!) erkannte, was zu seinem Frieden dient! Wenn es doch, was entscheidend ist, an die Stelle der furchtbaren Unschuldslüge die Erkenntnis seines besonderen Anteils an der *Schuld* setzte. Und wenn alle andern das auch täten! Denn gewiß sind alle schuldig, wenn auch nicht alle gleich.¹⁾

Ein Weg scheint sich, äußerlich gesprochen, aufzutun — ich sage: *scheint* sich aufzutun: Aus Amerika, wo (in New York) eine Tagung der *Internationalen Handelskammer* die Kriegsschuldenfrage aufgeworfen hat, kommen immer mehr Stimmen, die eine Verbindung herstellen zwischen einer Streichung der Kriegsschulden und einer ernstlichen Durchführung der Abrüstung. Das wäre etwas! Ob es wird? — Daß *Henderston* Präsident der Abrüstungskonferenz wird, ist jedenfalls ein gutes Vorzeichen. Wenn „*Hoover*“ „*Henderston*“ mit aller Wucht unterstützt, d. h. die ganze anglofächsische Welt sich zu diesem Zwecke einigte — nun, das wäre auch etwas!²⁾

2. Die nationale und nationalistische Bewegung und die Gegenbewegung.

Obwohl die Weltbewegung in all ihren Teilen, von der „Zollunion“ bis zur Philosophie Heideggers, eine innere Einheit bildet (eine Einheit in Gegensätzen!), so müssen wir, um der Übersichtlichkeit willen, doch einzelne ihrer Aspekte auseinander. So den nationalen und nationalistischen Kampf und die Gegenbewegung.

Zum *nationalen Kampf* (das Wort also in einem *guten* Sinne verstanden), dürfen wir die Erhebung Asiens und Afrikas rechnen. Für die Berichtszeit ist in dieser Beziehung etwa folgendes hervorzuheben: In *Annam* (das bekanntlich einen Teil des französischen Hinterindiens bildet) haben ausgebreitete Erhebungen der eingeborenen Bevölkerung stattgefunden, die sehr wohl direkt oder indirekt durch

¹⁾ Es bleibt *Försters* großes Recht, daß er unermüdlich dieses Moment der Schuld betont. Es ist wohl im allertiefsten Sinne der „Schlüssel“ der ganzen Lage. Wie sich die Last der Schuld auf die Völker verteile, ist eine Frage zweiter Ordnung, daß sie überhaupt an ihre eigene Schuld, die *gemeinsame* Schuld, denken, vor allem *daran* denken, das ist's, worauf es ankommt. Darin allein liegt Rettung und Friede.

²⁾ Präsident *Hoover* hat in einer Ansprache an die Internationale Handelskammer, nachdem er gezeigt, daß die Rüstungsausgaben der Völker der Erde sich jährlich auf 25 Milliarden Franken (5 Milliarden Dollar) beliefen (70 Prozent mehr als vor dem großen Krieg!) und daß 5 500 000 Mann unter Waffen und 20 000 000 in Reserve stünden, folgendes geäußert: „So sehr wir in der Unterstützung jedes Vorschlags für eine internationale ökonomische Zusammenarbeit, die unsren Völkern frommt, unser Bestes tun sollen, müssen wir trotzdem erkennen, daß eine Verminderung dieser gigantischen Verschwendungen in Form von militärischem Wettrüsten schließlich doch an Wichtigkeit weit über alle andern Formen solcher ökonomischen Anstrengung hinausgeht.“

Internationales Vertrauen kann nicht auf Furcht begründet werden. Die ganze Weltgeschichte ist angefüllt mit Kapitel auf Kapitel über das Fehlschlagen des Versuchs, den Frieden entweder durch Rüstungswettbewerb oder durch Einschüchterung zu sichern... Von allen Vorschlägen zur wirtschaftlichen Wiederherstellung der Welt kenne ich keinen, der an Notwendigkeit und Wichtigkeit mit dem Ergebnis der Abrüstungskonferenz zu vergleichen wäre.“

Man vergleiche diese Sprache mit der eines Motta oder Minger!

die kommunistische Agitation mitverfucht sein könnten, ohne deswegen an Begründung zu verlieren. Sie sind blutig unterdrückt worden — vorläufig! — Im *holländischen Indien* scheint die weitherzige Politik Jonkheer de Gräffs durch die schneidigere Jonkheer de Jonges ersetzt werden zu sollen. Stimmt das wirklich? In *Egypten* haben die Terrorwahlen einer Regierung, die nicht der Volksstimme entspricht, blutige Revolten erzeugt. — Der Streit um die *Klagemauer* in Jerusalem soll dadurch beigelegt werden, daß sie endgültig als Eigentum der arabischen Kultgemeinde erklärt, aber, mit einigen Vorbehalten, freien Zugang zu ihr den Juden gewährleistet wird. Ob diese sich darin fügen werden? — In Paris findet gegenwärtig eine riesige internationale *Kolonialausstellung* statt. Vielleicht bedeutet sie symbolisch auch das *Ende* der Kolonialzeit. Es geht mit solchen Schaustellungen oft so!

Was nun aber die *nationalistische* Bewegung betrifft, die weitgehend mit dem Faschismus zusammenfällt, scheint in Deutschland der Nationalismus sich auf die Uebernahme der Macht vorzubereiten. Was dann kommt? Immer deutlicher wird der Fehler, daß man ihn nicht nach dem 14. September sofort dran gelassen hat. Dann wäre er jetzt erledigt und Deutschland gerettet. Angst ist *immer* eine schlechte Beraterin, besonders aber in schweren Lagen. Die Wahlen in *Oldenburg* zeigten ein neues Anschwellen des Hitlertums, besonders im Landvolk. Die Agrarpolitik der Regierung Brüning treibt nun um einiger Großgrundbesitzer willen, denen sie doch nicht wirklich hilft, die Massen des übrigen Bauerntums in die Revolution. Die Großindustriellen drängen zur Diktatur, die ihnen die Herabsetzung der Löhne nach Belieben, die Aufhebung der Tarifverträge und noch allerlei andere schöne Dinge bringen soll. Sie hätten allfällig den Dr. Schacht, den ehemaligen Diktator der Reichsbank, als Leiter des von ihnen gewünschten „Direktoriums“ zur Verfügung, während der ehemalige Kronprinz bereit wäre, über den Stuhl des Reichspräsidenten wieder auf den leeren Hohenzollernthron zu gelangen. Die *Sozialdemokratie* aber hat sich den Notverordnungen gebeugt, um die Diktatur Hugenberg-Hitler zu verhindern. Ob sie ihr damit nicht erst recht in den Sattel hilft?

So wogt der Kampf zwischen Diktatur und Demokratie in Deutschland hin und her. Und ähnlich in ganz Europa. In Belgrad hat der dortige Faschismus 15 *kroatische „Nationalsozialisten“*, d. h. Empörer gegen das allerböse Gewaltregime teils zum Tode, teils zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. In Rumänien haben die von ihr gemachten Wahlen natürlich einen Sieg der halbfaschistischen Regierung ergeben.

Der *spanische* Gegenstoß gegen das Regime der Diktatur ist tiefer in Verlegenheit geraten. Es scheint, daß der Kommunismus dabei viel mehr seine Hand im Spiele hat, als wir, die wir uns nicht von dem üblichen Kommunistenpopanz erschrecken lassen, für wahrscheinlich hielten. Man weiß im übrigen viel zu wenig, daß in Spanien ein *syndikalischer Anarchismus* (zu dessen Führern Ferrer gehörte) eine sehr große Ausbreitung und in Katalonien wohl die Herrschaft besitzt. Der Kirchen- und Klostersturm ist mit Recht allgemein bedauert und verurteilt, aber ebenso mit Recht allgemein als Warnungszeichen für die Kirche aufgefaßt worden.¹⁾ Erfreulich bleibt in Spanien der echt demokratische Kampf gegen den Militarismus. In Marocco allein seien ein Generalleutnant, zwei Brigadengeneräle, 20 höhere und 40 subalterne Offiziere, 234 Unteroffiziere und 5566 Soldaten „abgeschafft“ worden, was eine Ersparnis von 40 Millionen Pesetas (= Schweizerfranken) bedeute. Das wird für unsre Schweizer Demokraten „spanisch“ sein!

Der *italienische* Faschismus hat in der Berichtszeit besonders drei Taten gezeigt: die Beschimpfung Toscaninis, des Direktors des Orchesters della Scala in Mailand, weil er nicht klassische Musik mit der Faschistenhymne einleiten wollte, die blutgierig und brutal durchgeführte Verurteilung und Hinrichtung des „Anarchisten“ Schirru, der daran dachte, Mussolini zu töten (und selbst sehr tapfer in

¹⁾ Einen sehr guten Artikel darüber aus der Feder von *Eberhard Lempp* bringt z. B. der „Religiöse Sozialist“ (Nr. 24).

den Tod ging) und die Verurteilung eines Teils der angeklagten „Intellektuellen“, die im Schatten des Schirru-Prozesses erfolgte.

Sehr wichtig ist aber vor allem das neue Aufflammen des *Kampfes zwischen Katholizismus und Faschismus*. Es ist zu einem direkten faschistischen Ansturm gegen die „Katholische Aktion“ gekommen, die in Italien einen letzten Hort der Opposition gegen den Faschismus geworden ist. Die katholischen Jugendbünde sind direkt verboten worden. Der Faschismus duldet keine Einmischung der Kirche in das politische und soziale Leben und sogar in die öffentliche Erziehung. Dabei ist man mit der ganzen Brutalität dieser neuen „Römer“ vorgegangen: Man hat Lokale der „Katholischen Aktion“ verwüstet, den Papst in Witzblättern verhöhnt, sein Bild vor den Toren des Vatikans zerrissen und verbrannt und so weiter. Es kennzeichnet die Lage, daß man zum ersten Mal nach langer Zeit die sonst bloß zum historischen Spielzeug gewordene Schweizerwache scharfe Munition erhielt und der Papst erklärte, lieber sterben zu wollen als nachzugeben. Immer klarer zeigt sich, was für ein verhängnisvoller Fehler jenes Paktieren mit Mussolini, dem „Mann der Vorsehung“ (wie der Papst in Verblendung ihn nannte) war, aus dem die Lateranverträge entstanden sind, und wie nutzlos es auch war, in der neuen Enzyklika diese ruchlose und gottlose Bande mit Handschuhen anzufassen und dafür so treuen Söhnen der Kirche wie die katholischen Sozialisten sind, den Katholizismus abzusprechen. Ob man im Vatikan daraus etwas lernen wird? „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ — für diese Welt, aber nicht von ihr! Und ob es auf diese Dinge hin in Deutschland zu einer Koalition zwischen Zentrum und Hitlertum kommen könnte? Hitler wünscht sie ja und hat extra einen Abgesandten nach Rom geschickt, um zu versichern, man wolle sich allfällig braver verhalten. Ob man in Rom nun nicht vom Faschismus genug hat?

3. Schweizerisches.

Es ist bezeichnend, daß in den Ländern, die im Großen und Ganzen von Faschismus und Diktatur verschont sind, fast nur der Kampf gegen (und für!) Krieg und Militarismus die große Masse des Volkes dauernd in geistiger und politischer Bewegung hält, soweit sie solche Bewegung überhaupt kennen.

In der Schweiz wächst in dieser Beziehung zusehends der Gegensatz zwischen der Stimmung der Volksmasse und der Haltung der Bundesversammlung und der militärischen Oberfläche, die am liebsten immer noch tun möchten, als ob es so etwas wie einen Antimilitarismus als ernst zu nehmende Sache überhaupt nicht gäbe. Während die *Petition der Frauenliga* nun trotz der Opposition fast aller Zeitungen (die meisten sozialistischen inbegriffen) es nun wohl auf 150 000 Unterschriften gebracht haben dürfte (und die Sammlung geht weiter!), hat die Bundesversammlung ein paar pazifistische Anregungen zum Teil von bescheidenster Art in der bekannten protzig-blöden und dazu gründlich feigen Manier erledigt. Der *Petition Rochaix* ist es so gegangen, wie zu erwarten war. Die stereotypen Reden von Minger („Ich kann nicht so optimistisch sein“, „noch sind wir nicht so weit“ etc. etc.) und einiger seiner Untergebenen, Gegenreden vor allem von Graber und von Rochaix selbst, wobei Rochaix sich tapfer als radikaler Pazifist gezeigt zu haben scheint, und die Sache wird mit allen Stimmen außer den sozialistischen und denen des Genfers Lachenal und des Bündners Gadient erledigt. Nicht besser ergeht es einer *sozialdemokratischen Motion*, die verlangt, daß die Schweiz sich an der Abrüstungsbewegung beteilige, dadurch, daß sie dem Völkerbundsrat eine entsprechende Denkschrift einreiche, der Völkerbundsdelegation politische Experten beigebe und einen Betrag für die Verteilung von Friedensliteratur an die Schulen aussetze. Hier schwang sich nun unser Außenminister Motta auf sein (NB.) Berner Roß und erklärte von dessen Höhe herab, die Schweiz folle doch nicht den Frosch spielen, der sich zum Ochsen aufblähen wolle, indem sie tue, als ob ihre Stellung in der Abrüstungsfrage für die Großmächte etwas bedeute. Dabei aber singt dieser Frosch, verkörpert in ihm selbst, in Genf seit zehn Jahren ohne jede Zurückhaltung sein Abendlied. Auch war es interessant, wie er auch in Bern

sofort zum Ochsen wurde, als der Bundesrat Rechenschaft darüber geben sollte, warum *Rußland* nicht zu der geplanten internationalen Ausstellung für Volkskunst eingeladen worden sei. Auf einmal blähte sich der Frosch, in der Person des gleichen „besten Redners der Schweiz“ mächtig auf, und es kam ihm sehr wichtig vor, daß die winzige Schweiz sich weigere, mit Russland in jene diplomatischen Beziehungen zu treten, die ihm fast nur die Vereinigten Staaten verweigern, während Großmächte wie England, Deutschland, Frankreich und Italien sie schon lange aufgenommen haben. Wobei der wieder Frosch gewordene Ochs sich freilich nicht geniert, mit diesem moralisch verachteten Russland mächtig Geschäfte zu machen. Dieser Wechsel zwischen Kleintun am falschen Ort und Großtun am falschen Ort ist etwas vom Traurigsten und Verlogensten am Bilde der heutigen offiziellen Schweiz. Mit dem Namen des Mannes aber, der diese Haltung besonders verkörpert und der immer wieder durch Lohhudeleien Gedankenloser darüber getäuscht wird, daß sehr viele ernsthafte Schweizer ihn geradezu für ein Unglück unseres Volkes halten, wird man vielleicht einst eine der schlimmsten Perioden schweizerischer Geschichtsbezeichnen, wenn er nicht auch dafür als zu klein erfunden wird.

Es wurde dann in Bern der Ausweg entdeckt, man könnte ja die Völkerbundsvereinigungen unterstützen. Ja, vor denen haben freilich weder Motta noch Minger Angst und sie wissen warum. — Daß auch immer wieder mit unserer *Miliz* operiert wird, als ob sie das non plus ultra von Friedensinstrument darstellte, das wird in seiner Verlogenheit gerade durch den ganzen Zusammenhang, worin es geschieht, aufgedeckt.

Es muß freilich auch das festgestellt werden, zum so und so vierten Mal: wenn jene Postulate ein Sozialdemokrat verteidigte, der in seinem Blatt die Petition der Frauenliga als „bürgerlich“ bekämpft (oder bekämpfen läßt) und ein Robert Grimm wegen Russland interpelliert, so ist das die gleiche Unwahrheit der ganzen Lage, nur mit umgekehrtem Vorzeichen.

Was für ein Friedensgeist diese wunderbare Miliz befeelt, bewies letzthin ein Vorfall in Zürich. Als gegen Mitternacht vier Offiziere am Bahnhof in schwerem Takttschritt neben den dort aufgestellten Taxis vorübermarschierten, da muß aus den Reihen der Chauffeure eine höhnische oder auch nur scherzhafte Bemerkung („Eins, zwei, drei“) erfolgt sein. Darüber große Empörung des die Gruppe führenden Oberleutnants. Es entsteht ein Krawall, an dem sich immer mehr auch andere beteiligen. Das Ende ist, daß der Offizier sich in die Kaserne begibt, dort um halb ein Uhr, 27 Unteroffiziere und Rekruten aus den Betten kommandiert, sie mit aufgepflanztem Bajonett zum Bahnhof führt, wo sie zwei der Chauffeure verhaften, um sie in die Kaserne zu bringen. Das Interessante an diesem Vorgang ist, daß auf diese Weise das Militär in die bürgerliche Rechtsphäre einzugreifen wagt. Denn dem Kundigen fällt sofort die Affäre von Zabern ein, die kurz vor dem Kriege die Welt in Bewegung setzte. Man muß aber daran erinnern, daß sie in Deutschland selbst heftigen Widerspruch weckte. Jedenfalls ist der Zürcher Vorfall ein kleiner Beitrag zur Beantwortung der Frage, ob es in der Schweiz Militarismus gibt oder nicht. Unsere Gefinnungsgenossen im Ausland tun gut, wenn sie auf dieses Vorkommnis (das nicht allein steht!) hinweisen, um zu zeigen, daß nichts besser zusammenhängt als Miliz und Militarismus.

Für den Geist der Kreife, aus denen sich unser Offizierskorps vorwiegend rekrutiert, ist kennzeichnend eine Diskussion in der „*Zofingia*“, dem Organ des bekannten Studentenvereins (der auch im Jugendleben des Schreibenden keine kleine Rolle spielte) über das Militärproblem. Eine etwas freier denkende Redaktion hatte eine in der Form von 42 Fragen gefaßte Aeußerung Cerefoles über die Armee gebracht. Daraufhin protestierten die „Altzofinger“ gegen die Aufnahme solcher Auffsätze, weil sie gegen die Zofingerdevise „Patria“ verstießen und machen gegenüber den Jungen ihr Kontrollrecht geltend. Einige Offiziere unter den Jungen aber schreiben Erwiderungen, die man am besten charakterisiert, wenn man sagt, daß sie geistreich — sein wollen! Soll man so etwas noch „grünes Holz“ nennen?

Die *tessinische Universität* scheint keine Ausicht zu haben, weil die Tessiner selbst darüber uneinig sind. Dafür haben wir in der übrigen Schweiz dreimal zu viel Universitäten.

Zum Schluß aber noch etwas Gutes: Die Aufnahme der *Todesstrafe* in das neue Strafrecht ist in jeder Form von beiden Räten abgelehnt worden.

4. Soziales und Sozialistisches.

Noch viel drohender als der neue Völkerkrieg ist der soziale Bürgerkrieg. Der Druck auf die Volksmasse wird immer stärker und revolutioniert, wie wir gesehen, auch die Bauernschaft, besonders in Mitteleuropa und den östlichen Ländern. Der Arbeiterschaft gegenüber fast überall „*Lohnabbau*“. Jetzt wird er auch in den Vereinigten Staaten proklamiert, wo noch vor kurzem die Parole der hohen Löhne die Lösung des sozialen Problems zu enthalten schien. Schwere *Lohnkämpfe*, gelegentlich von blutigen Revolten begleitet, werden aus Schweden, Norwegen, Nordfrankreich, Polen gemeldet, durch die *Arbeitslosigkeit* erzeugte Krawalle aus vielen Gegenden Deutschlands. Unsere schweizerische *Uhrenindustrie* gerät immer in größere Not. Ein neuer *Börsensturz* in New-York zeigt, daß auch in Amerika die Krise weitergeht. Auch in *Australien* herrsche verzweifelte Not.

Auf der *Arbeitskonferenz* des internationalen Arbeitsamtes kam es zu einer langen Diskussion über die von diesem vorgeschlagenen Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit. Wegen den stets erneuten Angriffen auf die faschistische sog. Arbeiterdelegation Italiens durch die Sozialisten verließ die italienische Gruppe die Konferenz.

Im *Sozialismus* scheint sich etwas wie eine Belebung zu vollziehen, allerdings nur langsam und nicht überall. Der *Leipziger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie*, der eine gewisse entscheidende Bedeutung hatte, war für alle die, welche davon überhaupt noch etwas gehofft hatten, eine schwere Enttäuschung. Davon ist schon anderwärts die Rede gewesen. Erfreulich ist die Haltung der belgischen und französischen Sozialisten in Bezug auf Militär und Krieg. In *Belgien* gelang es ihnen, über unsinnigen Krediten für neue Befestigungen die Regierung zu stürzen und auf dem französischen *Parteitag in Tours* hatte der Antimilitarismus fehr deutlich Oberwasser. Gewisse bürgerliche Spekulationen auf ein Einfachen der Sozialdemokratie in die Linie der „*Landesverteidigung*“ sehen sich vorläufig nicht erfüllt. Die Vorbehalte, die früher gemacht worden sind, gelten auch für Belgien. Auch Vandervelde ist kein Jaurès! Trotzdem: es ist erlaubt, zu hoffen, daß es ein sozialistisches Erwachen geben werde!

5. Kulturelles.

Während die Menschheit politisch, sozial und moralisch fehr am Boden kriecht, ja dem Abgrund des Unterganges entgegentaumelt und die Schweizer wahrhaftig nicht gerade durch geistigen Höhenflug glänzen, sind die Schweizer *Picard* und *Kipfer* mit ihrem Ballon bis über die Wolken gestiegen. Darob ein Taumel der Begeisterung in aller Welt. Sicher war etwas Tapferes dabei. Auch mag die Tat für die Wissenschaft einen Wert haben. Aber nun dieser Lärm! Die heutigen Menschen, die keinen Gott mehr haben, müssen zum Ersatz alles vergötzen, Böses und Gutes gleichmäßig. Es muß vielleicht gerade daran die Tatsache der Zerstörung des *Glaspalastes* in München mit seiner wertvollen Ausstellung gereiht werden. Und die andere, daß nun über die Pfingsttage das *Auto* in Frankreich 43 Menschen getötet und 150 schwer verletzt hat — nur in Frankreich! Das waren sonst etwa die Zahlen eines Eisenbahnunglücks oder Theaterbrandes, worüber die Welt in Erregung geriet.

Erfreulich ist dagegen, daß *Bullerjahn* nun endlich in Freiheit gesetzt ist, freilich erst nach elf Jahren unschuldiger Gefängnishaft.

Furchtbare *Unwetter* haben sich über allerlei Gegenden der Welt entladen. So auch über das Städtchen *Zurzach* (im schweizerischen Aargau), und einige Dörfer seiner Umgebung. Das ist nun ein ausgezeichneter Anlaß, mit dem Zivildienst

einzusetzen. Es geschieht auch schon, man kann aber viele Teilnehmer brauchen.¹⁾ An der Mündung der Loire ist ein Schiff mit 500 Menschen untergegangen.

6. Religion und Kirche.

Das große Ereignis des kirchlichen Lebens ist die neue *Enzyklika* des Papstes. Davon ist anderwärts in diesem Hefte ausführlich die Rede.

In den *deutschen protestantischen Kirchen* wechseln Licht und Schatten. Ein tiefer Schatten bleibt die Tatsache, daß ein großer Teil dieser Kirchen in ihren Führern und oft auch in der Mehrheit ihrer einfachen Gliedern dem Nationalismus, und zwar oft in seiner Hitlerischen Form, mit Leib und Seele verfallen ist. Von dieser Seite her droht dem deutschen Protestantismus geradezu die Katastrophe. Letzthin, als der Professor der Theologie *Fascher* in Jena im Kolleg über des nationalsozialistischen Führers Rosenberg widerchristliches Buch: „Der Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts“ sprach, und zwar im kritischen Sinn, erhob sich während der Vorlesung ein Student zum Protest dagegen. Das Hakenkreuz Wotans hat also bei diesen Theologen das Kreuz Christi völlig verdrängt. Es gibt eine „Vereinigung nationalsozialistischer Pfarrer“. Jeden Augenblick „weihen“ Pfarrer die Anlässe der Hakenkreuzler. Ungefähr auf die gleiche Linie gehört es, wenn die zwei hervorragenden Führer der „Positiven“, Professor *Althaus* in Göttingen und Professor *Hirsch* in Erlangen, in einem Aufruf an das deutsche Volk gelangen, der bloß ein Absud der nationalsozialistischen Zeitungsphraseologie ist, ohne eine Spur selbständigen Urteils und eines christlich-protestantischen Geistes, als dessen Hüter sie sich in theologischen Schriften geben. „Dem Niagara entgegen!“²⁾

Am Widerstand gegen diesen Geist fehlt es nun aber doch nicht. Fascher selbst ist ein Beispiel dafür, aber er steht nicht allein, noch ganz abgesehen von den religiösen Sozialisten. Die *Thüringer Kirchensynode* hat das politische Auftreten von Pfarrern mit einigen äußerlichen Vorbehalten gebilligt. Die Beziehung auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus ist offenkundig. Pfarrer *Kleinschmidt* ist für seinen „Ungehorsam“ nach langen Verhandlungen mit einer Buße von 200 Mark davongekommen. Endlich und die Hauptfache: Pfarrer *Ekert* ist nicht abgesetzt worden! Man hat ihn allerdings durch eine Gehaltsverminderung „bestraft“ (was eine eigentümliche Art ist, das Problem „Kirche und Politik“ zu erledigen), aber der Ausgang dieses „Falls“ ist doch ein Sieg sowohl des religiösen Sozialismus als einer besseren Auffassung vom Wesen der Kirche, die kein „stummer Hund“ sein darf, am wenigsten aber ein „Hofhund des Kapitals“.

Bedenklich ist dagegen das sogenannte *Konkordat*, das die evangelische Kirche Preußens mit dem Staate abgeschlossen hat, um hinter der katholischen nicht zurückzubleiben und das ihr einen jährlichen finanziellen Beitrag zusichert, der allerdings mit Bedingungen verknüpft ist, deren fragwürdigste die Bestimmung ist, daß höhere Kirchenbeamte nur wählbar seien, wenn gegen sie „keine politischen Bedenken“ vorliegen. Ist das im *Prinzip* etwas anderes als die Lateranverträge? Ist es den deutschen protestantischen Kirchen gar nicht möglich, auf eigenen Füßen zu stehen?

In dieser Beziehung (gewiß nicht in jeder!) sind die *amerikanischen* Kirchen weit überlegen. Erfreulich ist auch ihre vorwiegend antimilitaristische Haltung. Diese ist neuerdings mit auch für einigermaßen Orientierte überraschender Wucht

¹⁾ Man wende sich an Herrn Dr. Lejeune in Kölleken (Aargau).

²⁾ Es ist schade, daß auch die deutsche Sektion des *Weltbundes der Kirchen* in einer Erklärung zur Abrüstungskonferenz fast nur vom nationaldeutschen Standpunkt aus redet. Wann wird man auch in den deutschen Kirchen einfach *christlich* und *ökumenisch* zu denken beginnen?

Und doch ist diese Kundgebung noch ideal, verglichen mit einer recht armeligen des schweizerischen Kirchenbundes, die im nächsten Hefte erscheinen soll.

hervorgetreten. Die in New-York erscheinende religiös-soziale Zeitschrift¹⁾ „The World Tomorrow“ (Die Welt von Morgen) hat an 53 000 (!) amerikanische Geistliche einen Fragebogen verschickt, der sie bittet, ihre Stellung zu der Frage von Krieg und Frieden kund zu tun. 19 372 haben geantwortet. Davon haben 12 076 oder 62 Prozent der Antwortenden verlangt, daß die Kirchen von Amerika einen Rekord in der Weigerung einen Krieg zu funktionieren oder zu unterstützen, aufstellen sollten und 10 427 (54 Prozent) erklären, daß es schon jetzt ihr persönlicher Entschluß sei, keinen künftigen Krieg zu funktionieren oder als Kämpfer daran teilzunehmen. Nur 8316 (43 Prozent) glauben, daß sie an einem „Verteidigungskrieg“ teilnehmen dürften. Nur 8700 (45 Prozent) erklären, daß ihr Gewissen es ihnen erlauben würde, im Kriege als Feldprediger zu dienen. Besonders auffallend ist das Ergebnis der Umfrage in den unseren theologischen Fakultäten entsprechenden *theologischen Seminaren*. 870 Studenten (79 Prozent) von 1101, die geantwortet haben, verlangen, daß die Kirchen sich weigern sollten, irgend einen Krieg zu funktionieren oder zu unterstützen und 792 oder 79 Prozent erklären, daß sie persönlich schon jetzt entschlossen seien, keinen künftigen Krieg zu funktionieren oder als Kombattanten daran teilzunehmen. Nur 301 oder 27 Prozent erklären, daß ihr Gewissen es ihnen erlaubte; im Krieg als Feldprediger zu fungieren. Wenn man damit die dem Hitlerschen Wuotanismus so stark verfallene deutschen theologischen Fakultäten vergleicht, so können einem allerlei Gedanken kommen. Das Ganze aber ist, besonders wenn man den starken Einfluß der amerikanischen Kirchen auf die Politik ihres Landes bedenkt, eine große Verheißung.

15. Juni 1931.

L. R.

Artikel 8, Lord Cecil und die schweizerische Völkerbundsvereinigungen.

1. Jene seltsame, aber sehr zahlreiche Spezies von schweizerischen Pazifisten, deren große Sorge die — Nichtabrustung der Schweiz ist (während sie mit revolutionärer Kühnheit andern Völkern die Abrüstung erlauben, ja sogar in sittlicher Entrüstung erglühen, wenn diese dazu nicht bereit sind), sind sehr getröstet: Sie haben einen Artikel entdeckt, den Artikel 8 des Völkerbundspaktes. Es steht nämlich so, daß ihnen die Londoner Erklärung, die einst für diesen Zweck auch erst entdeckt werden mußte, als „Wandschirm“ nicht mehr so recht genügt. Sie hat zu schwere Stöße empfangen. Aber nun kommt zur rechten Zeit die Entdeckung von Artikel 8. Dahinter läßt sich für einige Zeit der unangetastete (wenn nötig auch der vermehrte) Bestand der Armee schon in Sicherheit bringen. Später wird man ja wieder sehen!

„Artikel 8 des Völkerbundspaktes?“, wird der erstaunte Leser fragen, „wie soll denn der unsere Armee schützen?“ Nun, wir wollen einmal sehen, wie er, soweit er hier in Betracht kommt, lautet: „Die Bundesglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der internationalen, durch ein gemeinschaftliches Vorgehen auferlegten Verpflichtungen vereinbar ist.“

„Nun“, wird der Leser noch erstaunter fragen, „wie in aller Welt soll denn gerade diese Bestimmung uns an der völligen Abrüstung verhindern?“

Unsere abrüstungsscheuen Pazifisten antworten: „Dieser Artikel bedeutet, daß die Bundesglieder nicht unter das Mindestmaß gehen dürfen, das mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist. Diese nationale Sicherheit legen wir so aus, daß für sie unsere ganze heutige Armee und sogar noch ihre stetige Aufrüstung nötig ist.“ Sodann könnten sie allfällig auch noch auf internationale Verpflichtungen hinweisen, nämlich auf eine Beteiligung an militärischen Sanktionen des Völkerbundes.

¹⁾ Ihr Untertitel lautet: A journal looking toward a social order based on the religion of Jesus (Zeitschrift für eine auf die Religion Jesu gegründete soziale Ordnung).

Und so freuen sie sich herzlich über den neuen Ast, auf den sie vor einer schweizerischen Abrüstung fliehend meinen hüpfen zu dürfen, nachdem der Ast der Londoner Erklärung etwas brüchig geworden ist. Man begegnet plötzlich überall diesem neuen Argument.¹⁾

Wie steht es mit dieser Entdeckung?

Was die Teilnahme an allfälligen Sanktionen betrifft, so hat diese Bestimmung für die Schweiz natürlich keine Bedeutung, weil sie ja kraft ihrer sorgfam geretteten „Neutralität“ solche nicht mitmachen müßte. Ich wiederhole aber: wenige unter den schweizerischen Antimilitaristen hätten etwas gegen ein Kontingent von etwa 7000 Mann. So viel träfe es etwa, wenn man Deutschland und Oesterreich mit ihrer vom Völkerbund erlaubten (nicht etwa *gebotenen!*) Militärmacht zum Maßstab nimmt. Im übrigen aber braucht es schon eine arge Verlegenheit an Gründen, wenn man ausgerechnet im Gemäuer dieses Artikels Zuflucht vor der Abrüstung sucht. Denn nichts liegt diesem Artikel ferner — das ist sonnenklar — als die Abrüstung begrenzen zu wollen. Er will vielmehr die Rüstung begrenzen. Das ist so deutlich, daß es gar nicht bewiesen zu werden braucht. Die Rüstungen sollen auf das Mindestmaß herabgesetzt werden, das die nationale Sicherheit erlaubt.

Die nationale Sicherheit. Aber was ist denn das?

Dazu ist folgendes zu sagen:

Erstens: Die Geschichte des Artikels beleuchtet seine Meinung. Wenn ich nicht ganz irre, so sollte es ursprünglich, besonders nach Wilfons Willen, „bürgerliche Sicherheit“ heißen. Das allein hat einen klaren Sinn. Denn was könnte sonst innerhalb des Völkerbundes (und nur davon reden wir jetzt) „nationale Sicherheit“ bedeuten? Daß diese nicht von *Armeen* geschaffen werde, ist der Sinn des Völkerbundes.

Zweitens: Die Logik fordert jedenfalls eine Auslegung dieses Artikels im Sinne der *Totalabréistung* der wirklichen Armeen. Denn wenn diese stattfindet, was sollte dann noch die nationale Sicherheit von *außen* her gefährden? Daß aber die allgemeine und totale Abrüstung das Ziel des Völkerbundes ist, liegt auf der Hand. Sie ist schon in der von den Alliierten feierlich ausgesprochenen Verpflichtung enthalten, daß die Abrüstung so rasch als möglich das gleiche Maß erreichen müßte, wie die den „besiegten Völkern“ zwangsmäßig auferlegte. Diese aber bedeutet ein bloßes Polizeikorps und ist ausdrücklich auf diesen polizeilichen Zweck festgelegt.

Drittens: Es ist bisher dem Völkerbundsrat nie eingefallen, von seinen Gliedern ein Minimum von Rüstung zu fordern. Er hat weder gegen den dänischen Plan noch gegen entsprechende in Norwegen, Schweden, Holland, der Schweiz die leiseste Einsprache erhoben. Und nochmals: er beschränkt von sich aus eine Reihe von Ländern, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien auf ein bloßes Polizeikorps. Ob diese tatsächlich dabei bleiben, ist eine Sache, die in diesem Zusammenhang nicht in Betracht kommt; der Völkerbund will jedenfalls, daß sie es tun.

Es ist also von ferne keine Rede davon, daß der Artikel 8 unsere schweizerische Abrüstung einschränken wollte, er will im Gegenteil auch *unsere* Rüstung einschränken. Etwas anderes zu behaupten, ist eine Verkehrung der Wahrheit. Dieser neue Ast ist noch brüchiger als der andere.

2. Und nun *Lord Cecil*? Ja, das ist ein gefundenes Fressen. Aber nur eines für nicht sehr wählerische Gaumen. Lord Cecil steht bekanntlich auf der Liste jener Personen, welche die Petition der Frauenliga empfehlen. Nun hat man herauszufinden gemeint (und sich darüber ergötzt, wie ein Fischer an einem un-

¹⁾ Ich sehe zu meinem Erstaunen, daß sich durch diese neue Entdeckung (denn wem wäre es früher eingefallen, diesen Artikel 8 so zu deuten?) auch Leute verführen lassen, an deren ernsthaftem Willen zur Abrüstung auch der Schweiz ich keineswegs zweifeln möchte. Sie haben sich einfach durch gewisse „Autoritäten“ zu rasch imponieren lassen.

erwarteten kostbaren Fang!), daß der englische Text der Petition nicht genau den gleichen Wortlaut habe, wie der deutsche. Es sei dort nicht von einer „totalen“ Abrüstung die Rede. Nun habe aber Lord Cecil nur den englischen Text der Petition unterschrieben; wenn man seinen Namen auch unter den deutschen Text gesetzt, so habe man damit eine Irreführung, wenn nicht gar eine Fälschung begangen. Auch dieses Lord Cecil-Argument gehört nun zum eisernen Inventar des Kampfes gegen die Abrüstung.

Wie steht es mit diesem kostbaren Fisch, über den man so entzückt ist?

Es steht damit so: Im Englischen heißt es tatsächlich nicht: „allgemeine und vollständige Abrüstung“, sondern „world disarmament“ (Weltabrustung). Das ist also richtig. Aber nun muß man wissen, daß world disarmament in der Sprache der englischen Abrüstungsbewegung ganz selbstverständlich auch nichts anderes meint, als was in den Worten „allgemeine und vollständige“ Abrüstung liegt. Es ist den Leiterinnen der Frauenliga nicht eingefallen, in den beiden Formulierungen einen Unterschied zu erblicken. Erst nachträglich sind sie auf die kleinen Nuancen des Ausdrucks aufmerksam geworden. Und nur die ganz irrtümliche Annahme, die Frauenliga wolle ein Programm für die Abrüstungskonferenz geben, statt einen moralischen Impuls dafür, konnte ihr irgend eine Bedeutung verleihen.¹⁾ Das ganze Geschrei über ein illegales oder gar fälschendes Verfahren der Frauenliga — wo es sich bloß um ein kleines Mißverständnis handelt — ist also nichts als Tendenzlärm, ja Verleumdung. Da wir gerade beim Englischen sind, wollen wir sagen: es ist so unfair als nur möglich. Es muß mit allem Nachdruck erklärt werden: Die Führerinnen der Frauenliga dürfen es in Bezug auf Anständigkeit und Ehrlichkeit mit jeder Art von Pazifisten und Militaristen ruhig aufnehmen. Wenn aber Lord Cecil selbst sich nachträglich hat ins Bockshorn jagen lassen und geglaubt hat, betonen zu müssen, daß er nur den englischen Text unterschrieben habe, so muß festgestellt werden, daß dieser Gentleman zwar gewiß mancherlei Vorzüge und Verdienste hat, daß darunter aber anerkanntermaßen Klarheit über das, was er will, und Festhalten an einer bestimmten Linie nicht gehören. Nicht zum wenigsten darum ist sein Ansehen in den pazifistischen Kreisen Englands stark gefunken.

Mit einem Wort: es ist ein fauler Fisch, den man da aus dem Wasser des üblen Willens gezogen hat.

3. Aber was hat das alles mit den schweizerischen Völkerbundsvereinigungen zu tun, mit denen sie in der Ueberschrift dieses Artikels verbunden sind?

Es hat allerdings damit auch zu tun. Die schweizerische Frauenliga hat sich an die Generalversammlung der Vereinigung der schweizerischen Völkerbundsligen, die vor einigen Wochen in Solothurn stattfand, mit der Bitte gewendet, daß der Aufruf der Liga in deren Organ: „Die Schweiz im Völkerbund“ abgedruckt werde, und zwar in empfehlendem Sinne. Frau Ragaz als Präsidentin der schweizerischen Liga trug das Anliegen vor. Und nun ist dieses namentlich von dem Generalsekretär Professor Ernest Bovet, mit Berufung auf jenen Artikel 8, unter Verwendung des Argumentes Lord Cecil auf eine Art bekämpft worden, die aus der Sache selbst schwer zu erklären ist. Was den Artikel 8 betrifft, so ist nachzutragen, daß er besonders auch im Sinne eines sogenannten Realismus gegen ein utopisches Vorgehen verwendet wurde und weiterhin wird.²⁾ Der Völkerbund sei nun einmal nicht zu mehr verpflichtet, als zu einer Herabsetzung der

¹⁾ Es sei noch hinzugefügt, daß der Ausdruck „world disarmament“ nur im Text der englischen, amerikanischen und chinesischen Petition steht, in allen andern aber „allgemeine und totale Abrüstung“. Das ist also der eigentliche Welttext, nicht ein für die Schweiz besonders zurechtgemachter.

Im übrigen haben die englischen Glieder der Frauenliga ausdrücklich ihre Zustimmung zu der sprachlichen Wendung in den andern Texten erklärt.

²⁾ So z. B., wenn auch in anderer Tonart, von zwei Einforderinnen im „Schweizerischen Frauenblatt“ Nr. 24.

Rüstungen auf jenes Mindestmaß; wenn man mehr verlange, wenn man gar die totale Abrüstung verlange, von der doch klar sei, daß sie nicht die geringste Ausicht habe, auf der Abrüstungskonferenz durchzudringen, so kompromittiere man damit nur die ganze Abrüstungsforderung.

Was ist davon zu halten?

Jene prinzipielle Erörterung über den Sinn des Artikels 8 ist auch hier anzuwenden. Es ist, wie gezeigt, eine militaristische Verfälschung dieses Artikels, wenn man ihn als eine Beschränkung der Abrüstung auslegt. Gerade ihn muß man, und zwar eben nach seinem echten Sinn, in Erinnerung rufen. Das ist sogar entscheidend wichtig. Denn nur, wenn die Abrüstungskonferenz und die ganze Abrüstungsbewegung unter *diesen* Gesichtspunkt gestellt wird, hat sie Ausicht, etwas anderes zu werden, als eine große Täuschung. Es müßte doch einer schon sehr naiv sein, wenn er glaubte, daß eine bescheidene Begrenzung oder sogar Verminderung der Rüstungen, wie man sie vielleicht von der Konferenz erwarten darf, im Kampf gegen den Rüstungsmoloch auch nur das Geringste bedeutete, falls es dabei sein Bewenden hätte. Wenn es sogar gelänge, dieser Hydra wirklich einen der Köpfe abzuschlagen, wie bald wachsen an seiner Stelle mehrere nach! Es besteht sogar die große Gefahr, daß aus einer solchen an sich unwesentlichen Abrüstungsgeiste ein Betrug erwächst, indem die Völker dadurch zu dem Wahn verleitet werden, es sei etwas geschehen. Nein, die Hydra selbst muß erschlagen werden. Es muß der Abrüstungskonferenz und Abrüstungsbewegung jenes große Ziel der vollen Abrüstung mit Wucht vorgehalten werden. Das tut die Bewegung, welche die Frauenliga leitet. Sie *allein* tut es vorläufig mit Kraft und Erfolg. Ihr Tun ist Völkerbundsarbeit im besten und notwendigsten Sinn des Wortes, und wenn Völkerbundsvereinigungen sich dieser versagen, so verleugnen sie damit den eigentlichen Sinn des Völkerbundes.

Es ist also auch mit diesem „realpolitischen“ Argumente nichts. Im Gegenteil: es ist Utopie, wenn man in Genf etwas glaubt durchsetzen zu können, ohne daß das geschieht, was die Bewegung der Frauenliga will: die Aufrüttelung des Weltgewissens, die Erweckung der Seele der Völker zu dem *Ernst der Stunde*. Es handelt sich jetzt nicht darum, wie viel oder wie wenig man in Genf durchsetzen könne, sondern, daß klar gemacht wird, um was es geht. Es war nicht von ferne die Absicht der Liga, den schweizerischen Völkerbundsvereinigungen oder gar der Abrüstungskonferenz ein bestimmtes Programm aufzudrängen, aber sie wollte und will jenen *Geist* wecken, ohne den aus Genf nichts wird. Nur diesen Sinn hatten und haben ihre konkreten Vorschläge. Das muß jedem irgendwie verständig und loyal Denkenden so klar sein, wie es dem Schreibenden und vielen, vielen andern ohne weiteres war. Weil aber diese Weckung und Mobilisierung des Geistes die Hauptsache ist, hatte die Liga wahrhaftig ein Recht, von einer Völkerbundsvereinigung Unterstützung ihres Werkes zu erwarten. Und wenn nach einem Bericht in der Zeitschrift „Die Schweiz im Völkerbund“ Professor Malche (der sonst auch eines Besseren fähig ist) erklärt hat, man werde künftig sich davor hüten, „unsere Zeit und unsern Kredit (!) für fremde Organisationen zu opfern“, so ist das schon interessant. Wenn das eigentliche Ziel des Völkerbundes, die völlige Abrüstung der Armeen, und wenn die Aufrüttelung der Völker zur rettenden Tat für Völkerbundsvereinigungen bloß eine Sache „fremder Organisationen“ ist und man fürchtet, durch die Berührung mit einer unermüdlich, heldenhaft und unter schwersten Opfern in der ganzen Welt für die Ueberwindung des Krieges kämpfenden Frauenschar — einer Elite ihres Geschlechtes — den Kredit zu verlieren, was bleibt dann noch die „eigene“ Sache dieser Vereinigungen? Etwa schöne Reden, Selbstbewähräucherung, Pflege der „eigenen Organisation“ und Einlullung der Völker in schöne Träume, die ihnen jedes ernsthafte Tun und Wagen ersparen?

Das so sehr berechtigte Verlangen der Frauen, daß im Organ der schweizerischen Völkerbundsbestrebungen die größte Aktion, die auf unserem Boden für die Sache des Friedens bisher unternommen worden ist, wenigstens zu Worte komme, ist in Solothurn abgewiesen worden. Die Regie hatte auch bewirkt, daß es

nur in äußerster Kürze begründet werden konnte, während die Bekämpfung sich Zeit genug nahm. Es gelang den Frauen nicht, auch nur einige polemische Behauptungen persönlicher Natur richtig zu stellen. Das Begehrn der Liga war zuletzt von andern Teilnehmern so gefaßt worden, daß der Redaktor des Organs, Professor Bovet, die Aktion der Liga bekämpfen dürfte, Frau Ragaz aber das Recht zu einer Antwort haben sollte. Auch das fand heftigen Widerstand, der sehr „persönliche“ Form annahm. Die Präsidentin der Liga (die, nebenbei gesagt, seit Jahren Vorstandsmitglied der Zürcherischen Vereinigung ist), zog darauf den Antrag zurück. Der Schreibende hält es für einen Fehler, daß auf diese Weise die Sache in Solothurn nicht zum Austrag gekommen ist. Es denken bei weitem nicht alle Mitglieder so wie die Träger jenes Geistes, der in Solothurn vorwaltete, und auf alle Fälle wäre es nötig gewesen, Klarheit darüber zu schaffen, ob diese Völkerbundsvereinigungen endgültig Organ für die Herbeiführung oder für die Verhinderung der schweizerischen Abrüstung sein wollen.

Diese Frage ist sehr ernsthaft geworden. Die Gefahr, daß diese Völkerbundsvereinigungen ein Wall werden, hinter den sich eine Menge von Leuten flüchten, die gern ein wenig andächtig für den Frieden so im allgemeinen schwärmen möchten, aber mit keinem Finger an den schweizerischen Militärgötzen rühren lassen wollen, ja, daß sich hinter diesem Wall immer freudiger unser schweizerischer Militarismus selbst birgt, ist mit Händen zu greifen. Man täusche sich darüber nicht: landauf, landab ergreift dieses Gefühl viele der treuesten Anhänger der Völkerbundsidee. In Solothurn selbst sind außer jener Behandlung der Frauenliga noch andere Dinge geschehen, die auf die gleiche Linie gehören. Nur eins sei noch genannt: Mit nicht geringem Erstaunen vernahmen solche Teilnehmer an der Tagung, die noch naiv genug sind, in den Vereinigungen ein Organ der schweizerischen Abrüstung zu sehen, aus dem Munde des Sekretärs, Bundesrat Minger habe es nicht für nötig gehalten, selbst zu der Versammlung zu kommen, weil auch ohne ihn schon das Richtige geschehen werde. Ja, wenn die Völkerbundsvereinigungen zuerst bei Minger anfragen, dann wird sicher alles „recht gehen“.

Noch einmal: es ist die Frage gestellt, ob die schweizerischen Vereinigungen für den Völkerbund im Ernst dem Zwecke dienen wollen, der allein ihnen ein Lebensrecht gibt: nicht bloß andern Völkern Frieden und Abrüstung zu predigen und erbauliche Versammlungen zu halten, sondern unserer schweizerischen Armee auf den Leib zu rücken, mit dem Ziele jener völligen Abrüstung, welche auch der klare Sinn des Völkerbundes ist. Wir werden dafür sorgen, daß auf diese Frage eine Antwort ohne Hörner und Klauen erfolgt.¹⁾

L. Ragaz.

Bindestrich-Christentum. Es hat einmal irgend Einer — ich weiß augenblicklich nicht gerade wer es war — das Wort vom „Bindestrich-Christentum“ erfunden und sich darauf wohl nicht wenig eingebildet. Damit waren Bestrebungen wie „evangelisch-sozial“, „christlich-sozial“, „religiös-sozial“ und Ähnliches gemeint. Die Erfindung wollte gegen sie geltend machen, daß sie das Christentum rein äußerlich, durch einen Bindestrich, mit gewissen andern Elementen verbänden, daß sie nicht einfach das Christentum (oder Christus) verträten, sondern dieses und dazu noch etwas anderes.

In Wirklichkeit gehört diese Erfindung, wie so viele andern (z. B. auch die vom „Kurzschluß“) zu den Geistreichigkeiten ohne wirklichen Geist. Man könnte ja darauf hinweisen, daß ein Bindestrich keinen Sinn doch eben in der *Verbindung*, nicht in der Scheidung hat, daß er sozusagen die *Vermählung* zweier Wahrheiten bedeutet. Aber lassen wir das! Es ist ja für jeden nicht böswillig Urteilenden klar, daß jene Verbindungen wie „evangelisch-sozial“, „religiös-sozial“ nichts anderes wollen, als ein Element der Wahrheit Christi *hervorzuheben*, ins Licht zu stellen, und zwar weil bisher dieses Element *vernachlässigt* worden sei. Aber niemals ist

¹⁾ Ueber das schmähliche Verhalten der Presse gegenüber der Aktion der Frauenliga und die gemeinen Verleumdungen, womit man gegen sie operiert, soll im nächsten Hefte einiges gesagt werden.

es dielen Bewegungen eingefallen, etwas anderes zu vertreten, als die ganze Wahrheit Christi. Vielmehr war ja gerade das ihr Motiv, diese ganze Wahrheit gegenüber Verstümmelungen, Entstellungen, Einseitigkeiten wiederherzustellen. Nur böser Wille, oder schlimmer Unverstand kann etwas anderes behaupten.

Georg Sinn hat diese Erfindung für so geistreich gehalten, daß er sie zur Ueberschrift für eine Befprechung meines Buches: „Von Christus zu Marx — von Marx zu Christus“ wählte. Ich muß sagen: wer so für den ganzen Christus eifern will, der täte besser, ein wenig gerecht und wahrhaftig zu sein, als sich an eine geistreich sein sollende Redensart zu verkaufen. *Es ist ja gerade das Grundthema des Buches, daß die ganze Wahrheit Christi wiederhergestellt werden müsse.* Das ist so deutlich, daß es nur übersehen werden kann, wer es um jeden Preis übersehen will, nur um als der Ueberlegene zu erscheinen. Es stünde auch einem Manne, der über die geistige Haltung eines andern urteilen will, nicht schlecht an, auch andere Bücher von ihm in Betracht zu ziehen, besonders, wenn er noch extra auf sie verweist. Aber nein, es ist wichtiger, einen Witz zu machen!

Nebenbei: Dieser gleiche Georg Sinn schreibt in die Zeitschrift „Religion und Sozialismus“, die ja auch den Bindestrich macht und zwar als Gesinnungsgenosse. Ist er vielleicht Einer, der es bald mit, bald gegen den „Bindestrich“ hält, je nach Ort und „Zeit“? (Die Befprechung ist in Försters „Zeit“ erschienen!)

Sozialismus und Militärfrage.

Die ausgezeichneten Artikel der „Volksstimme“ von St. Gallen über den Sozialismus und die Militärfrage, die wir vor einiger Zeit erwähnten, sind nun unter dem Titel: „Sozialist und Krieg“ als Broschüre erschienen und bei der Zentralstelle für Friedensarbeit in Zürich (Gartenhofstraße 7) zu haben. (Preis 40 Rappen.) Wer sie unter der sozialistischen Arbeiterschaft verbreitet, tut ein wichtiges Werk. Nicht einverstanden bin ich bloß mit einer Ausführung über das Verhalten der Bolschewisten im Winter 1918, aber das hat in diesem Zusammenhang wenig zu sagen. Die Broschüre enthält nach meinem Urteil die einzige mögliche Antwort auf die Frage nach der richtigen Stellung des Sozialismus zur Militärfrage. Gäbe der Sozialismus allgemein diele Antwort, so wäre kein Krieg mehr möglich.

Berichtigung. 1. Die „Kreuzzeitung“ sei doch nicht eingegangen. 2. In Holland sitzen nicht bloß durchschnittlich ein Dutzend Dienstverweigerer im Gefängnis (wie wir in der vorletzten Nummer berichteten), sondern gegenwärtig 27, die 10 Monate drin bleiben müssen.

Aus der Arbeit

Mitteilung über die Aktion der Frauenliga.

• Da die Unterschriftensammlung der Frauenliga nur immer mehr Schwung bekommt, soll sie bis zum 31. Oktober fortgesetzt werden.

Helft alle mit, die Ihr helfen könnt (und Ihr könnt es alle, denn ein jeder kann Unterschriften sammeln!), damit die Wucht dieser Kundgebung immer noch wachse und helft damit auch die traurige Haltung des weitaus größten Teils der Presse zu beschämen. Es gilt einem heiligen Krieg!

Unterschriftenbogen sind zu beziehen bei Frau Dr. M. Lejeune in Kölliken (Aargau).

Internationaler Hilfsdienst in Eden.

Vom 13. bis 26. Juli findet in der Gemeinnützigen Obstbausiedlung Eden-Oranienburg der 2. internationale Hilfsdienst in Deutschland statt. Die erste Werkwoche für internationalen Hilfsdienst in Deutschland wurde im Oktober 1930 auf dem Bruderhof in der Rhön veranstaltet. Es wurden Drainagearbeiten ausgeführt. Für den diesjährigen Hilfsdienst ist die Planierung des Alwin-Esser-Freilandes als

weil er ein freier Mann war, mit eigenem Kopf, Herzen und Gewissen, der greife zu dem Vortrag, den Franz Schmidt über Charles Naine gehalten hat und der nun im Verlag der Unionsdruckerei in Luzern erschienen ist. L. R.

Verdankung. Seit Ende Mai dieses Jahres sind uns die folgenden Gaben zugestellt worden:

Für die Hungernden in China: O. W. in B. Fr. 100.—; P. H. in Z. 25.—; A. P. in H. 20.—; J. R. Sch.-F. in Z. 50.—; E. H. Neu-Allschwil 12.—; G. in Z. 10.—; S. K. in O. 20.—; F. W. in Fr. 50.—; 40.—; 122.50; U. M. 5.—; zusammen Fr. 454.50

Für die Kinder der Arbeitslosen: P. H. Fr. 25.—; Kinderheim in H. 60.—; Fr. B. in Z. 20.—; durch E. O. in S. Konfirmandengabe 30.—; Fr. W. in F. 50.—; 50.—; 40.—; 122.—; Dr. J. S. in B. 25.—; Fr. F.-F. in B. 10.—; R. K. in H. 3.—; zusammen Fr. 435.—

Allen Spendern aufrichtigen Dank für ihre nimmermüde Hilfsbereitschaft.

L. u. C. Ragaz.

Druckfehler. Im Juniheft ist zu berichtigten: S. 272, Z. 12 von unten soll es heißen *Bru* (statt „*Gru*“); in *Bru* bei *Grandson* liegt die *Pension Jacot*; S. 277, Z. 4 von unten *Weltfront* (statt „*Weltenfront*“). S. 281, Z. 8 von unten ist nach „geöffnet werden“ ausgefallen: „*besonders nach den Ländern der alten Donau-monarchie hin*“. S. 287, Z. 20 von oben „*nationalistischen*“ (statt „*national-sozialistischen*“).

Redaktionelle Bemerkungen.

Die an der Spitze stehende *Betrachtung* ist unter dem ersten Eindruck der neuen Entwicklungen der Weltkrise geschrieben, behält aber nach der Meinung des Verfassers ihre Wahrheit. Daß die *Monatschau* in mehreren Phasen entstanden ist, macht sich hoffentlich zu einem umso lebendigeren Spiegel jener Entwicklungen. Die Auseinandersetzung mit der *Enzyklika* wird am besten als ein Stück der neuen Besinnung auf Recht und Wesen des Sozialismus genommen. Ebenso der Beitrag von *Buber*. Und endlich — last not least — kommt mit dem Aufsatz von *Julie Schlosser* eine Seite unserer Not und unserer Hoffnung zur Geltung, die in den „*Neuen Wegen*“ ob der Not des *Menschen* und der Hoffnung des Menschen etwas zurücktreten mußte, die aber nicht länger warten darf und zur allgemeinen Gärung des Weltwesens gehört. Erst recht paßt in die Zeit der kleinen Beitrag der deutschen Frau. Der zweite der Vorträge von *Franz Roland-Holst* über die Erneuerung des Sozialismus wird im Septemberheft erscheinen, das früh herauskommen soll.

Und nun noch eins: Alles ungestüme *Werben für die „Neuen Wege“* ist mir längst entleidet. Die „*Neuen Wege*“ sollen, so gut sie können, durch ihren Wert werben. Aber nun liegt die Sache natürlich so, daß die *Wirtschaftskrise* auch sie schwer bedroht. Darum ist notwendig, daß ihre Freunde trachten, sie immer wieder zu neuen Menschen zu bringen, für die sie vielleicht etwas sein können. Wer dies tut, der dient einer *Sache*. Mögen viele es tun, damit unser Organ das bleiben und sogar immer mehr werden kann, was es sein soll. Es kommen wohl wieder Zeiten — und sind schon da — wo wir ein solches Organ wieder nötiger als je brauchen. Herzlichsten Dank allen Getreuen, und gute Ferien allen denen, die solche haben können, den andern aber trotzdem viel Erquickung von Leib und Seele aus Gott!